Hinweise zum Datenschutz der Stadt Bad Königshofen i. Grabfeld im Zusammenhang mit Wortmeldungen bei Bürgerversammlungen, Stadtratssitzungen, Anliegerversammlungen und Bürgerbeteiligungsverfahren

Stand 02/2023

Der Schutz und die Sicherheit von persönlichen Daten hat bei der Stadt Bad Königshofen i. Grabfeld eine hohe Priorität.

Die nachfolgenden Ausführungen dienen der Information über die Erhebung und Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten im Zusammenhang mit Wortmeldungen bei Bürgerversammlungen, Anliegerversammlungen oder Bürgerbeteiligungsverfahren durch die Stadt Bad Königshofen i. Grabfeld, gemäß den Anforderungen der EU-Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO), insbesondere über die Informationspflichten nach Art. 13 DSGVO sowie zur Aufklärung über die nach der DSGVO bestehenden Betroffenenrechte nach Art. 15 ff. DSGVO.

1. Verantwortlich für die Datenerhebung ist:

Stadt Bad Königshofen i. Grabfeld

Marktplatz 2

97631 Bad Königshofen Telefon: 09761 / 409-0

E-Mail: info@bad-koenigshofen.de

2. Unseren Datenschutzbeauftragten können Sie unter folgenden Kontaktdaten erreichen:

Landratsamt Rhön-Grabfeld Datenschutzbeauftragter Spörleinstraße 11 97616 Bad Neustadt a. d. Saale

Telefon: 09771 / 94-342

E-Mail: datenschutz@rhoen-grabfeld.de

3. Zweck und Rechtsgrundlagen der Datenerhebung

Ihre Daten werden erhoben um

- Ihre Berechtigung als Bürgerin bzw. Bürger der Stadt für eine Wortmeldung, Antrag oder Stellungnahme prüfen zu können
- Ihre Wortmeldung, Ihren Antrag oder Ihre Stellungnahme in einer Niederschrift protokollieren zu können
- den Stadtrat über Ihre Wortmeldung, Ihren Antrag oder Ihre Stellungnahme informieren zu können
- Sie während oder nach Behandlung der Wortmeldung, Antrags oder Stellungnahme kontaktieren zu können

Rechtsgrundlagen für die Datenverarbeitung sind Art. 6 Abs. 1 Buchstabe e DSGVO in Verbindung mit Art. 4 Abs. 1 Bayerisches Datenschutzgesetz (BayDSG) und Art. 18, Art. 57 Abs. 1 Gemeindeordnung (GO), für das Bürgerbeteiligungsverfahren zusätzlich die §§ 3 und 4a des Baugesetzbuches (BauGB) und Art. 66a Bayerische Bauordnung (BayBO).

Die von Ihnen erhobenen personenbezogenen Daten werden von der Stadt Bad Königshofen i. Grabfeld ausschließlich zum Zweck der Erfüllung der öffentlichen Aufgabe Mitberatungsrecht und Bürgerbeteiligung verarbeitet.

4. Kategorien der verarbeiteten personenbezogenen Daten

Es werden folgende personenbezogene Daten erhoben und verarbeitet:

- Personenstammdaten (Vorname, Nachname, Anschrift)
- ggfls. Kontaktdaten (Telefon/Handy, E-Mail)

5. Empfänger oder Kategorien von Empfängern von personenbezogenen Daten

Ihre personenbezogenen Daten werden an die für die Bearbeitung und Entscheidung Ihrer Wortmeldung, Ihres Antrags oder Ihrer Stellungnahme zuständigen Beschäftigten und ggfls. an das für die Entscheidung zuständige kommunale Gremium (Ausschuss oder Stadtrat) oder an andere Behörden weitergeleitet. Im Rahmen von öffentlichen Stadtrats- oder Ausschusssitzungen können Ihre Daten bei der Behandlung über Ihrer Wortmeldung, Ihren Antrag oder Ihre Stellungnahme auch an die Öffentlichkeit weitergegeben werden.

Unterlagen, die nicht mehr zur Erfüllung der Aufgaben der Stadt Bad Königshofen i. Grabfeld benötigt werden, werden dem Staatsarchiv gemäß Art. 6 Abs. 1 BayArchivG zur Übernahme angeboten.

Es ist nicht geplant, Ihre personenbezogenen Daten an ein Drittland weiterzugeben.

6. Dauer der Speicherung Ihrer personenbezogenen Daten:

Ihre Daten werden nach Erhebung bei der Stadt Bad Königshofen i. Grabfeld so lange gespeichert, wie dies unter Beachtung der gesetzlichen Aufbewahrungsfristen zur jeweiligen Aufgabenerfüllung und zur Erfüllung der Dokumentationserfordernisse nötig ist.

Die Niederschriften zu Bürgerversammlungen, Anliegerversammlungen, Bürgerbeteiligungsverfahren, Stadtrats- und Ausschusssitzungen werden im historischen Archiv der Stadt Bad Königshofen i. Grabfeld dauerhaft aufbewahrt.

Nicht dauerhaft archivierte Daten werden dem Staatsarchiv angeboten. Sobald das Staatsarchiv die Daten übernommen bzw. eine Übernahme abgelehnt hat, werden die in der Stadt noch vorhandenen Daten gelöscht.

7. Wir möchten Sie über die Ihnen zustehenden Rechte informieren:

Nach der Datenschutz-Grundverordnung stehen Ihnen folgende Rechte zu:

• Recht auf Auskunft (Art. 15 DSGVO)

Werden Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet, so haben Sie das Recht von uns Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten zu erhalten.

Recht auf Berichtigung (Art.16 DSGVO)

Sie können von uns unverzüglich die Berichtigung Sie betreffender personenbezogener Daten verlangen. Bei unvollständigen Daten haben Sie – unter Berücksichtigung der Zwecke der Verarbeitung - einen Anspruch auf Vervollständigung.

• Recht auf Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung (Art. 17 und Art. 18 DSGVO)

Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen der Art. 17 oder 18 DSGVO vor, so können Sie die Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten verlangen.

• Recht auf Datenübertragbarkeit (Art. 20 DSGVO)

Wenn Sie in die Datenvereinbarung eingewilligt haben oder ein Vertrag zur Datenverarbeitung besteht und die Datenverarbeitung mit Hilfe automatisierter Verfahren durchgeführt wird, steht Ihnen gegebenenfalls ein Recht auf Datenübertragbarkeit zu. Dies gilt nicht, wenn die Verarbeitung der personenbezogenen Daten für die Wahrnehmung einer Aufgabe erforderlich ist, die im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt, die dem Verantwortlichen übertragen wurde (Art. 6 Abs. 1 Buchst. e DSGVO).

• Recht auf Widerspruch (Art. 21 DSGVO)

Soweit wir Ihre personenbezogenen Daten zur Wahrnehmung unserer öffentlichen Aufgaben nach Art. 6 Abs. 1 Buchst. e DSGVO verarbeiten, können Sie der künftigen Verarbeitung Ihrer Daten aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit widersprechen.

Recht auf Widerruf der Einwilligung (Art. 7 Abs. 3 DSGVO)

Wurde in die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch eine entsprechende Erklärung eingewilligt, können Sie die Einwilligung jederzeit für die Zukunft widerrufen. Die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Datenverarbeitung wird durch diesen nicht berührt.

Sollten Sie von Ihren oben genannten Rechten Gebrauch machen, so richten Sie einen entsprechenden Antrag an die Stadt Bad Königshofen i. Grabfeld, welche prüft ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind.

Weitere Einschränkungen, Modifikationen und gegebenenfalls Ausschlüsse der vorgenannten Rechte können sich aus der DSGVO oder nationalen Rechtsvorschriften ergeben.

Unbeschadet anderer Rechtsbehelfe steht Ihnen nach Art. 77 Abs. 1 DSGVO ein **Beschwerderecht** beim Bayerischen Landesbeauftragten für den Datenschutz zu, den Sie wie folgt erreichen können:

Der Bayerische Landesbeauftragte für den Datenschutz (BayLfD)

Wagmüllerstraße 18 80538 München

Postanschrift: Postfach 22 12 19, 80502 München

Telefon: 089 / 21 26 72-0 Telefax: 089 / 21 26 72-50

E-Mail: poststelle@datenschutz-bayern.de
Internet: www.datenschutz-bayern.de